

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

152 (4.7.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger gestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Kaiserstraße 24.
Telefon: Nr. 198. — Postingsliste: Nr. 2144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionslokal: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Sozial-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Weitere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 152. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 4. Juli 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst 6 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Aus dem Reichsversicherungsamt.

Die vierzehntägige Frist zwischen Vorbescheid und berufungsähnlicher Weisung muß die Berufungsgenossenschaft innehalten; der Eintrag von der Berufungsgenossenschaft dem Sektionsvorstand oder dem Revisionsprüfungsausschuß zur ersten Prüfung vor Erlass der berufungsähnlichen Weisung unterbreitet werden.

Diesem Grundsatze hat das Reichsversicherungsamt bei der Unfallversicherung der Witwe M. gegen die Schwelmerische Baugewerks-Berufungsgenossenschaft nachgegeben. Ausweislich der Akten der Sektion IV der Berufungsgenossenschaft ist der Klägerin am 27. Juli 1. des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes zu erteilende Vorbescheid am 6. September 1904 vom Sektionsvorstand erlassen worden. Am 27. Juli 2. a. a. D. war der Klägerin in dem Vorbescheide eine Frist zur Anfechtung von zwei Wochen vom Tage der Zustellung des Vorbescheides gesetzt worden. Ohne den Ablauf dieser Frist abzuwarten und ohne erneute Weisungsfassung der Sektionsvorstand am 15. September 1904 die Klägerin den angeforderten berufungsähnlichen Weisung erteilt. Der Einspruch der Klägerin gegen den Vorbescheid, welcher am 15. September 1904 erfolgt ist, ist beim Sektionsvorstand am 18. September 1904 eingegangen.

Das Reichsversicherungsamt hat in dem geschlossenen Verfahren des Sektionsvorstandes keine weiteren Weisungsfassung gemäß einem wesentlichen Teil des Verfahrens erwidern müssen. Denn gemäß § 70 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 mußte unbedingt abgewartet werden, falls nicht eine Anfechtung der Klägerin auf den Vorbescheid schon vorher erfolgte, oder der berufungsähnliche Weisung erlassen werden konnte. Gemäß § 81 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 war der angeforderte Weisung nicht dem zugrunde liegenden Bescheid aufzuheben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das zuständige Genossenschaftsorgan zurückzugeben.

Bei einem Vergleich läuft die Frist vom Tage des Abschlusses des Vergleichs, nicht von der Zustellung der schriftlichen Vergleichs-Ausfertigung.

mission hatte mit 8 gegen 7 Stimmen (Zentrum und 2 Sozialdemokraten) beschlossen, das Stützengelder-Projekt zurückzustellen. Dieser Beschluß hätte eine abermalige Verzögerung der Inangriffnahme des Baues zur Folge gehabt. Es wurde deshalb ein von Angehörigen aller Parteien unterzeichneter Antrag im Plenum eingebracht, der die Regierung aufforderte, das mehrfach genannte Stützengelder-Projekt auszuführen. Herr Dr. Wang begründete den Antrag. Für denselben traten auch lebhaft die Genossen Kolb und Dr. Frank ein. Dagegen sprachen Abg. Schüller und Genosse Eichhorn. Ob es zweckmäßig war und ob genügender Anlaß vorlag, daß die kleine Minderheit der sozialdemokr. Fraktion ihren ablehnenden Standpunkt in dieser feineswegs prinzipiellen Frage durch eine Rede im Plenum zum Ausdruck brachte, bleibe dahingestellt. Jedenfalls aber möchten wir dem Genossen Eichhorn darin entschieden widersprechen, daß der Staat hinsichtlich der künstlerischen und architektonischen Ausgestaltung der Staatsbauten knauserig sein soll, daß von Kunst und Architektur forsungen bei den Staatsbauten keine Rede mehr sein könnte. Gerade der Staat und die Gemeinde sollen, ohne natürlich in überflüssigen Luxus oder gar Verschwendung zu verfallen, hinsichtlich der künstlerischen und architektonischen Ausgestaltung der Bauten mit gutem Beispiel vorangehen. Die Stellung des Zentrums nur erklärlich, das Zentrum ist ein Feind der Städte und läßt keine Gelegenheit vorbeigehen, ohne dieser Feindschaft Ausdruck zu verleihen. Die sozialdemokr. Fraktion aber konnte in dieser Frage, die für die Stadt Karlsruhe immerhin eine sehr wichtige ist, einzig gehen, ohne daß der einzelne Abgeordnete sich dabei etwas vergab. Die architektonische und künstlerische Seite der Bahnhofsbauten ist wahrlich nicht die Ursache für die Knappheit der Regierung hinsichtlich der neuen Bahnbauten. Die Gründe dafür liegen im ganzen System unserer Bahnbau- und Verkehrspolitik.

Die Debatte über diesen Punkt konnte gestern noch nicht zu Ende geführt werden. Es sind noch vier Redner vorgemerkt. Die Annahme der Resolution Wang und Genossen ist sicher, damit ist auch für die Regierung Gelegenheit gegeben, den Bau nunmehr zu beginnen. Das ist jetzt die Hauptsache.

Bestimmung des unbedienten Wertzuwachses hätte wenigstens ein Teil dessen, was die Geländespekulanten unbedienterweise eingestrichen haben, wieder der Allgemeinheit zugeführt werden können. Für die Städte sollten solche Vorgänge ein Fingerzeig sein, sich sobald als möglich in den Besitz vielen Geländes zu setzen. Die Verzögerung ist aber auch wie schon früher mehrfach betont wurde, auf den Technikermangel zurückzuführen. Vor 60 Jahren hat man viel rascher gebaut als heute. Die Strecke von Heidelberg bis Freiburg wurde in 10 Jahren doppelgleisig gebaut. Diese Zeit reicht heute kaum aus, um ein Bahnhöfchen wie das Durlacher zu bauen. Diese Verzögerungen haben für die davon betroffenen Städte sehr schwere wirtschaftliche Schäden im Gefolge. In Karlsruhe ist die Bauzeitigkeit sehr wesentlich gehemmt, so lange die Bahnhoffrage nicht entschieden und mit dem Bau begonnen ist. Auch sind die Zustände an den Karlsruher Bahnhofübergängen sehr gefährlich und zeitraubend. Bezüglich des Aufnahmegebäudes kann ich mich den Ausführungen des Abg. Dr. Wang anschließen. Der Verfertiger des Projekts, welches die Generaldirektion sowohl als die Karlsruher Stadtverwaltung und Vertretung einmütig befürworteten, Herr Professor Stützengelder, ist eine anerkannt hervorragende Kraft. Eine Nichterledigung der Frage des Aufnahmegebäudes würde eine abermalige Verschleppung der ganzen Angelegenheit zur Folge haben. Labor aber kann nicht eindringlich genug geargert werden. Ich möchte deshalb die Kollegen dringend bitten, der eingebrachten Resolution ihre Zustimmung zu geben und die Regierung möchte ich ersuchen, mit den hiesigen Arbeitern so bald als möglich zu beginnen und auf dem nächsten Landtag die weiteren nötigen Summen anzufordern. (Bravo!)

Karlsruhe. Die Ueberführung der Straßen wäre möglich, wenn sie mir auch nicht gerade jammertüchtig ist. Die Hochlegung wäre meines Erachtens das Zweckmäßigste. Die Regierung hat sich gegen ein Belassen des Bahnhofes ausgesprochen. Darauf aber ist man bisher nicht eingegangen, ob es zweckmäßig ist, den Bahnhof im Innern der Stadt zu belassen. In anderen Städten ideiert man große Kosten nicht, um die Bahnhöfe mehr nach dem Stadtimern zu bringen. In Karlsruhe verfährt man direkt umgekehrt. Die bisherige Lage des Karlsruher Bahnhofes war eine geradezu ideale. Wenn die Regierung sagt, um die Überlegung an der jetzigen Stelle sei betriebstechnisch nicht möglich, so glaube ich das nicht. Man hat offenbar das Meistmögliche an der Klippenerstraße nicht berücksichtigen wollen. Auch der Einwand der notwendigen werdenden Verlegung des Güterbahnhofes scheint mir nicht stichhaltig zu sein. Der Güterbahnhof ist übrigens leichter zu verlegen, als der Personenbahnhof. Desgleichen kann ich den Kostenpunkt nicht gelten lassen. Auf die Berechnungen der Regierung gebe ich nicht viel, nach allem, was wir in dieser Beziehung schon erlebt haben. Die Errichtung eines provisorischen Bahnhofes halte ich nach in anderen Städten gemachten Erfahrungen nicht für notwendig. Wenn der Minister sagte, daß die einmütige Geltung der Karlsruher Bürgerschaft mitbestimmend war für die Stellung der Regierung, so wollen wir uns das merken. In Pforzheim, Lörrach und anderen Städten ist die Bevölkerung auch einmütig und wir werden sehen, ob die Regierung dort dieselbe Rücksicht walten läßt. Es sind auch eine Reihe betriebstechnischer Bedenken laut geworden und mein Kollege Kolb hat mit Recht hervorgehoben, daß eine Reihe von Anforderungen von heute schon vor zwei Jahren notwendig waren. Ich glaube nicht an die Notwendigkeit dieser Anforderungen. Wenn die Überlegung beschlossen würde, so können zwar die Spekulant zu Schaden. Aber bei der Verlegung des Bahnhofes kommen auch schwere wirtschaftliche Schäden in Betracht. Mein Kollege Kolb hat die Wertzuwachssteuer empfohlen. Die Sache hat ihre zwei Seiten. Man müßte dann konsequenterweise auch zu einer Entschädigung für die Wertzuwachssteuer kommen. Ferner müßte auch die Wertzuwachssteuer auf allen unbedienten Wertzuwachs ausgedehnt werden.

Die Rechtsauffassung hat das Reichsversicherungsamt in der Streitfrage der Hinterbliebenen-Versicherung des Reichsversicherungsamtes gegen die Knappschützgenossenschaft wie folgt begründet: Es ist nicht richtig, daß der Vertrauensmann des 2. Bezirks, Bezirksdirektor Mansberger aus Delitzsch, am 26. Mai 1905 den Vergleich mit dem Reichsversicherungsamt abgeschlossen hat, der Vertretung der Beklagten und auch zum Abbruch des Vergleichs befaßt gewesen ist. Die rechtliche Vertretung der Beklagten besteht darin, daß die Beklagte als persönlich vor dem Schiedsgericht erscheinend anzuheben ist, daß daher der Vergleich der Beklagten zur Kenntnis gebracht wird. Hieraus ergibt sich, daß eine im Vergleich vorbereitete Frist zum Abbruch mit dem Tage des Vergleichsabschlusses beginnt, und daß es nicht darauf ankommt, ob die von dem Vertreter der Beklagten abgegebene oder angenommene Frist nach den Umständen des Falles zur Erreichung des Zwecks der Fristsetzung geeignet ist oder nicht.

Die Sache des Vertreters der beklagten Berufungsgenossenschaft, für eine geeignete Frist auszusprechen, bedarf es nicht der Zustimmung der Beklagten, sondern des Vertreters gegen sich geltend lassen. Aus dieser Aktion (Annahme), daß die beklagte Berufungsgenossenschaft persönlich vor dem Schiedsgericht antritt, folgt weiterhin, daß es nicht darauf ankommt, wann die Akten dem Sektionsvorstand zur Kenntnis gemacht sind, und ob sich in der Abschrift der gerichtlichen Protokolle ein Scheitervorbehalt befindet oder nicht. Das gerichtliche Protokoll ergibt, daß eine einwöchige Frist zum Abbruch vereinbart war, und diese Frist ist, wenn sie vom Tage des Vergleichsabschlusses abläuft, unsteigrig an dem beklagten Berufungsgenossenschaft verfaßt worden. Der Refers war daher zurückzunehmen.

Die Karlsruher Bahnhoffrage

Endlich, wenigstens insoweit die Streitfrage: Abgrenzung und Verlegung in Betracht kommt, eine endgültige Lösung erkennen. Bis wann der Karlsruher Bahnhof fertig sein wird, wissen wir nicht. In diesem Budget ist nur ein Betrag von 10 Millionen bewilligt. 10 1/2 Millionen angefordert. In bahnbautischen Arbeiten sind also auch in der jetzigen Budgetperiode so viele als möglich zu erledigen, da für den Geländeerwerb etwa 10 Millionen erforderlich sind. Den Hauptantrag bildete diesmal das Aufnahmegebäude, für welches ein Kontingenzanspruch geltend gemacht wurde. Zwei Karlsruher Redaktionen wurden beauftragt.

Ich langam ein und Herr erklärte sich die Regierung bereit, das mit dem dritten Preis gekrönte Projekt des Karlsruher Architekten Stützengelder zur Ausführung zu bringen. Auch der Karlsruher Bürgerausschuß war einmütig für die Ausführung dieses Projekts, das übrigens noch 87 000 Mk. über den festgesetzten Betrag von der Generaldirektion zuletzt ausgearbeitet. Das Budgetkontingenz

Karlsruhe, 3. Juli.

(114 Sitzung.)
Präsident Widenor eröffnet halb 9 Uhr die Sitzung. Am Regierungssitz Minister v. Marschall und Regierungskommissionäre.

Das Eisenbahnbau-Budget.

Eingegangen ist eine Interpellation der Abgeordneten Oßfelder u. Gen., welche Tatsachen über die Einführung von Schiffsabgaben insbesondere auf dem Rhein seit der letzten Interpellation in diesem Hause der Regierung bekannt geworden sind.

Zur Tagesordnung übergehend berichtet Abg. Pfeiffer über den Titel Verlegung des Karlsruher Bahnhofes. Der Bericht ist kurz herbeizuziehen, daß die Gesamtkosten 85 350 000 Mk. betragen.

Abg. Wang (natl.) begründet den Antrag auf Verlegung des Stützengelder-Projekts für den Bahnbau, gegenüber dem Antrag, die Angelegenheit noch bis auf den nächsten Landtag zu verschleppen. Die Regierung habe das Stützengelder-Projekt in Voranschlag gebracht und es sei wünschenswert, diese Angelegenheit zum Abschluß zu bringen, damit der Bahnbau endlich etwas vorwärts komme und nicht weiter verzögert werde. Das Stützengelder-Projekt koste 87 000 Mk. weniger als das von der Generaldirektion ausgearbeitete. Mit der Festlegung des Baues werde auch über die Bahnhoffrage überhaupt in Karlsruhe Verhandlung eintreten.

Abg. Kolb (Soz.):

Die Frage, ob Höherlegung an der jetzigen Stelle oder Verlegung des Karlsruher Bahnhofes ist meines Erachtens entschieden. Ganz abgesehen von dem schon für den Geländeerwerb gemachten Ausgabem, wird die Höherlegung des Bahnhofes an der jetzigen Stelle nach den neuesten Berechnungen noch teurer zu stehen kommen, als die Verlegung. Damit wären die gegen die Verlegung in der Hauptsache vorgebrachten Einwände hinfällig. Daß der gegenwärtige Zustand nicht mehr lange haltbar ist, daß insbesondere die Betriebsicherheit immer mehr gefährdet wird, kann wohl nicht bestritten werden. Was große Bedenken erregt, das sind die großen Kosten für andere großen Bahnbauten. Wenn man aber davon abweicht, daß das in den großen Bahnhöfen investierte Kapital keine Rente abwirft, so ist ein solcher Standpunkt falsch. Der Bahnhof kann nicht für sich betrachtet werden, er gehört zur Wohnanlage ebenso gut wie die Gasse, der Bogenplatz und alles, was für den Eisenbahnerwerb notwendig ist. Viel mehr als diese Frage wird die der Verzögerung und der sehr schwankenden Kostenvoranschläge ventiliert. Die Generaldirektion hat sich für die verschiedensten Projekte ausgesprochen und ihre Kostenvoranschläge sind heute um 50 bzw. 100 Proz. höher als früher. Das erregt große Bedenken und mit Recht. Das, was heute noch angefordert wird, hätte man zum größten Teil schon vor zwei Jahren anfordern müssen, denn es war damals schon so notwendig, wie heute. Ich möchte vor allem die Frage an die Regierung richten: Wann endlich wird mit den Bauarbeiten begonnen? Die von der Regierung für die Verlegung ins Feld geführten Gründe scheinen mir nicht durchweg stichhaltig zu sein. Wenn der Geländeerwerb so große Schwierigkeiten bereitet, ist warum hat uns die Regierung nicht schon eine Vorlage wegen Abänderung der bezüglichen Gesetze zugehen lassen? Sie hätte dann nicht nur viel unnötige Arbeit, sondern auch dem Staate viel Geld erspart. Durch das jetzige Expropriationsgesetz müssen der Geländespekulation viele Millionen geopfert werden. Durch die

Abg. Schüller (Ztr.) vertritt die Anschauung, daß die Frage des Karlsruher Bahnhofes noch nicht gelöst sei. Noch heute lägen Positionen der Stadt gegen die Verlegung vor mit nicht zu unterschätzenden Gründen. Er stimmt gegen die Position, da für ihn noch keine Klarheit gegeben sei.

Minister v. Marschall erklärt, daß heute nur noch die Verlegung des Bahnhofes in Betracht käme. Werde heute dem Antrag Wang nicht zugestimmt, so bedeute dies eine weitere Verzögerung des Baues des Hauses um mindestens zwei Jahre. Er bitte dem Antrag zuzustimmen.

Generaldirektor Roth macht Mitteilungen über den Erfolg des freien Erwerbs für den Bahnhof.

Abg. Dr. Frank (Soz.):
Die Frage der Verlegung des Personenbahnhofes ist offenbar eine sehr schwierige, insbesondere für die parlamentarische Behandlung. Das geht auch aus der Geschichte der parlamentarischen Verhandlung hervor. Bei der ersten Beratung der Sache hat einer von den drei Karlsruher Abgeordneten für die Verlegung gesprochen, aber dagegen gestimmt, ein anderer dagegen gesprochen und dafür gestimmt und der dritte Abgeordnete hat sich der Abstimmung enthalten. (Heiterkeit.) Der Abg. Schüller hat heute auch im Namen Karlsruher Bürgervereine gegen die Verlegung gesprochen. Wenn ein Agrarier städtische Interessen vertritt, so ist mir das immer verdächtig. (Heiterkeit.) Ein Entreten für ein neues Projekt in diesem Zeitpunkt bedeutet eine Verzögerung des Baues um mehrere Jahre. Eine weitere Verzögerung ist aber nicht mehr zu verantworten. Der Bau muß schnell und schon ausgeführt werden. Karlsruhe ist nicht nur ein Eisenbahnpunktpunkt, sondern auch eine Kunststadt. Auf den ersten Blick hat ja das Stützengelder-Projekt etwas Verblüffendes an sich. Um so moderner, wie ein Bahnhof, soll hergestellt werden im Stil der Postkontinentalität. Die Konstruktion wäre eigentlich, daß auch die Bahndiener mit gepuderten Perrücken, Anzügen und Hüfen antreten müßten. Aber die Wahl dieses Stiles rechtfertigt sich dadurch, daß es der historische Karlsruher Stil ist. Wie Nürnberg seinen gotischen Bahnhofbau entsprechend dem baulichen Charakter der Stadt bekommen hat, so ist es zu rechtfertigen, daß wir für Karlsruhe den Barockbahnhof bauen. Ich hoffe allerdings, daß die Regierung das nicht symbolisch nehmen und uns eine zupfähe, karocke Eisenbahnpolitik beibringen wird. (Heiterkeit.) Wenn dieses Projekt ausgeführt wird, kann sich Karlsruhe sehen lassen, und der Abg. Wang kann dann, ohne Zucht vor einem Ordnungsruf, sogar unseren Lauterberg mit der Schönheit von Heidelberg vergleichen, besonders wenn Heidelberg in nächster Zeit durch einen Schifferberg verunziert wird. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Gerich (son.) äußert ein Verlangen der Stadt Karlsruhe zu den Kosten des Bahnhofes.

Abg. Herot (Zentr.): Die Verlegung des Bahnhofes ist eine beschlossene Sache und auch der Geländeerwerb in der Hauptsache vollzogen. Vor 8 Jahren hätte die Regierung trotz des Widerpruchs der Stadt die Ueberführung der Straßen durchführen sollen, heute sei dies zu spät. Mit dem Projekt des Aufnahmegebäudes könne man wohl warten. Der Barockstil passe auch nicht in die Verkehrsverhältnisse. Was das jetzige Gelände des Bahnhofes betrifft, so habe die Regierung alle Veranlassung, dasselbe so teuer wie möglich zu verkaufen, denn es liegt im Interesse des Landes, daß die Werte des alten Bahnhofes dem Lande erhalten bleiben.

Ministerialdirektor Schulz erklärt, daß mit Genehmigung des Projekts und der heutigen Anforderung der Bau mit aller Beschleunigung begonnen werde. Das Gelände des alten Bahnhofes solle natürlich nicht verschwendet, sondern nach Möglichkeit teuer verkauft werden.

Abg. Eichhorn (Soz.):

Ich bin in dieser Frage anderer Meinung wie meine Kollegen Dr. Frank und Kolb. Ich war früher schon gegen die Verlegung des Bahnhofes in

Badische Politik.

Die Geschäftslage des Landtags macht es, wie ein Karlsruher Korrespondent der Straßb. Post berichtet, notwendig, daß die zweite Kammer von nun an mindestens zwei Sitzungen täglich abhalten muß, wenn nicht sämtliche Arbeiten vor Schluss des Landtags erledigt werden sollen. Der Staatshaushalt wird bis höchstens Mitte des Monats Juli durchberaten sein. Der Schluss des Landtags ist für die zweite Hälfte des Juli in Aussicht genommen. Der Landtag wird im Auftrag des Großherzogs von Staatsminister Jebra v. Dula geschlossen werden.

Auf die Renommance

berichtet sich die Zeitungswelt. Jetzt wird wieder der Abg. Heckenbach bis über den Schluß des Monats Juli und geprüfert, weil es ihm angeblich in der Hauptsache zu verdanken ist, daß die Schuldenmode zur Annahme gelangt ist. In der Kammer haben sich die Abg. Mohr und Heckenbach gegenseitig beweidet. Diese gegenseitige Anklage wirkt direkt widerwärtig. Man weiß immer im Voraus, daß wenn der Berichterstatter den Vorliegenden anklagt, dieser dann den Stiel umdreht, so daß beide auf ihre Rechnung kommen.

Die Frage der Rheinisch-Schiffahrtsabgaben

fängt aufs neue an, die Gemüter zu beunruhigen. Auf dem deutsch-österreichischen Innenschiffahrtstreffen gab der Oberbürgermeister Schulz von Nürnberg u. a. bekannt, daß zwischen Preußen, Sachsen und Bayern ein Vertrag über die Maintalfahrt zustande gekommen sei, in welchem u. a. die Erhebung von Schiffahrtsabgaben

Die Karlsruher Bahnhoffrage

Endlich, wenigstens insoweit die Streitfrage: Abgrenzung und Verlegung in Betracht kommt, eine endgültige Lösung erkennen. Bis wann der Karlsruher Bahnhof fertig sein wird, wissen wir nicht. In diesem Budget ist nur ein Betrag von 10 Millionen bewilligt. 10 1/2 Millionen angefordert. In bahnbautischen Arbeiten sind also auch in der jetzigen Budgetperiode so viele als möglich zu erledigen, da für den Geländeerwerb etwa 10 Millionen erforderlich sind. Den Hauptantrag bildete diesmal das Aufnahmegebäude, für welches ein Kontingenzanspruch geltend gemacht wurde. Zwei Karlsruher Redaktionen wurden beauftragt.

Ich langam ein und Herr erklärte sich die Regierung bereit, das mit dem dritten Preis gekrönte Projekt des Karlsruher Architekten Stützengelder zur Ausführung zu bringen. Auch der Karlsruher Bürgerausschuß war einmütig für die Ausführung dieses Projekts, das übrigens noch 87 000 Mk. über den festgesetzten Betrag von der Generaldirektion zuletzt ausgearbeitet. Das Budgetkontingenz

mission hatte mit 8 gegen 7 Stimmen (Zentrum und 2 Sozialdemokraten) beschlossen, das Stützengelder-Projekt zurückzustellen. Dieser Beschluß hätte eine abermalige Verzögerung der Inangriffnahme des Baues zur Folge gehabt. Es wurde deshalb ein von Angehörigen aller Parteien unterzeichneter Antrag im Plenum eingebracht, der die Regierung aufforderte, das mehrfach genannte Stützengelder-Projekt auszuführen. Herr Dr. Wang begründete den Antrag. Für denselben traten auch lebhaft die Genossen Kolb und Dr. Frank ein. Dagegen sprachen Abg. Schüller und Genosse Eichhorn. Ob es zweckmäßig war und ob genügender Anlaß vorlag, daß die kleine Minderheit der sozialdemokr. Fraktion ihren ablehnenden Standpunkt in dieser feineswegs prinzipiellen Frage durch eine Rede im Plenum zum Ausdruck brachte, bleibe dahingestellt. Jedenfalls aber möchten wir dem Genossen Eichhorn darin entschieden widersprechen, daß der Staat hinsichtlich der künstlerischen und architektonischen Ausgestaltung der Staatsbauten knauserig sein soll, daß von Kunst und Architektur forsungen bei den Staatsbauten keine Rede mehr sein könnte. Gerade der Staat und die Gemeinde sollen, ohne natürlich in überflüssigen Luxus oder gar Verschwendung zu verfallen, hinsichtlich der künstlerischen und architektonischen Ausgestaltung der Bauten mit gutem Beispiel vorangehen. Die Stellung des Zentrums nur erklärlich, das Zentrum ist ein Feind der Städte und läßt keine Gelegenheit vorbeigehen, ohne dieser Feindschaft Ausdruck zu verleihen. Die sozialdemokr. Fraktion aber konnte in dieser Frage, die für die Stadt Karlsruhe immerhin eine sehr wichtige ist, einzig gehen, ohne daß der einzelne Abgeordnete sich dabei etwas vergab. Die architektonische und künstlerische Seite der Bahnhofsbauten ist wahrlich nicht die Ursache für die Knappheit der Regierung hinsichtlich der neuen Bahnbauten. Die Gründe dafür liegen im ganzen System unserer Bahnbau- und Verkehrspolitik.

Die Debatte über diesen Punkt konnte gestern noch nicht zu Ende geführt werden. Es sind noch vier Redner vorgemerkt. Die Annahme der Resolution Wang und Genossen ist sicher, damit ist auch für die Regierung Gelegenheit gegeben, den Bau nunmehr zu beginnen. Das ist jetzt die Hauptsache.

Bestimmung des unbedienten Wertzuwachses hätte wenigstens ein Teil dessen, was die Geländespekulanten unbedienterweise eingestrichen haben, wieder der Allgemeinheit zugeführt werden können. Für die Städte sollten solche Vorgänge ein Fingerzeig sein, sich sobald als möglich in den Besitz vielen Geländes zu setzen. Die Verzögerung ist aber auch wie schon früher mehrfach betont wurde, auf den Technikermangel zurückzuführen. Vor 60 Jahren hat man viel rascher gebaut als heute. Die Strecke von Heidelberg bis Freiburg wurde in 10 Jahren doppelgleisig gebaut. Diese Zeit reicht heute kaum aus, um ein Bahnhöfchen wie das Durlacher zu bauen. Diese Verzögerungen haben für die davon betroffenen Städte sehr schwere wirtschaftliche Schäden im Gefolge. In Karlsruhe ist die Bauzeitigkeit sehr wesentlich gehemmt, so lange die Bahnhoffrage nicht entschieden und mit dem Bau begonnen ist. Auch sind die Zustände an den Karlsruher Bahnhofübergängen sehr gefährlich und zeitraubend. Bezüglich des Aufnahmegebäudes kann ich mich den Ausführungen des Abg. Dr. Wang anschließen. Der Verfertiger des Projekts, welches die Generaldirektion sowohl als die Karlsruher Stadtverwaltung und Vertretung einmütig befürworteten, Herr Professor Stützengelder, ist eine anerkannt hervorragende Kraft. Eine Nichterledigung der Frage des Aufnahmegebäudes würde eine abermalige Verschleppung der ganzen Angelegenheit zur Folge haben. Labor aber kann nicht eindringlich genug geargert werden. Ich möchte deshalb die Kollegen dringend bitten, der eingebrachten Resolution ihre Zustimmung zu geben und die Regierung möchte ich ersuchen, mit den hiesigen Arbeitern so bald als möglich zu beginnen und auf dem nächsten Landtag die weiteren nötigen Summen anzufordern. (Bravo!)

Karlsruhe. Die Ueberführung der Straßen wäre möglich, wenn sie mir auch nicht gerade jammertüchtig ist. Die Hochlegung wäre meines Erachtens das Zweckmäßigste. Die Regierung hat sich gegen ein Belassen des Bahnhofes ausgesprochen. Darauf aber ist man bisher nicht eingegangen, ob es zweckmäßig ist, den Bahnhof im Innern der Stadt zu belassen. In anderen Städten ideiert man große Kosten nicht, um die Bahnhöfe mehr nach dem Stadtimern zu bringen. In Karlsruhe verfährt man direkt umgekehrt. Die bisherige Lage des Karlsruher Bahnhofes war eine geradezu ideale. Wenn die Regierung sagt, um die Überlegung an der jetzigen Stelle sei betriebstechnisch nicht möglich, so glaube ich das nicht. Man hat offenbar das Meistmögliche an der Klippenerstraße nicht berücksichtigen wollen. Auch der Einwand der notwendigen werdenden Verlegung des Güterbahnhofes scheint mir nicht stichhaltig zu sein. Der Güterbahnhof ist übrigens leichter zu verlegen, als der Personenbahnhof. Desgleichen kann ich den Kostenpunkt nicht gelten lassen. Auf die Berechnungen der Regierung gebe ich nicht viel, nach allem, was wir in dieser Beziehung schon erlebt haben. Die Errichtung eines provisorischen Bahnhofes halte ich nach in anderen Städten gemachten Erfahrungen nicht für notwendig. Wenn der Minister sagte, daß die einmütige Geltung der Karlsruher Bürgerschaft mitbestimmend war für die Stellung der Regierung, so wollen wir uns das merken. In Pforzheim, Lörrach und anderen Städten ist die Bevölkerung auch einmütig und wir werden sehen, ob die Regierung dort dieselbe Rücksicht walten läßt. Es sind auch eine Reihe betriebstechnischer Bedenken laut geworden und mein Kollege Kolb hat mit Recht hervorgehoben, daß eine Reihe von Anforderungen von heute schon vor zwei Jahren notwendig waren. Ich glaube nicht an die Notwendigkeit dieser Anforderungen. Wenn die Überlegung beschlossen würde, so können zwar die Spekulant zu Schaden. Aber bei der Verlegung des Bahnhofes kommen auch schwere wirtschaftliche Schäden in Betracht. Mein Kollege Kolb hat die Wertzuwachssteuer empfohlen. Die Sache hat ihre zwei Seiten. Man müßte dann konsequenterweise auch zu einer Entschädigung für die Wertzuwachssteuer kommen. Ferner müßte auch die Wertzuwachssteuer auf allen unbedienten Wertzuwachs ausgedehnt werden.

berufung zu erreichen. Das mußten auch die Herren im Arbeitgeberbund und deswegen haben sie auch alle Kräfte angepannt, um diese Forderung nicht erfüllen zu lassen. Die indifferenten und passiv organisierten Streikbrecher haben nicht nur die Arbeiter um die Früchte des Kampfes gebracht, sondern die gesamten Bauarbeiter und zuletzt sich selbst schwer geschädigt. Jetzt heißt es sich rüsten auf die bevorstehenden Kämpfe. Der Arbeitgeberbund hat darauf gedrängt, daß auch der Wipfertarif im Jahre 1908 abläuft. Im Jahre 1908 wollen die Schafmayer im Baugewerbe den Vernichtungsbeschlag gegen die Organisation führen. Überall versuchen sie die Verträge mit dem Jahre 1908 ablaufen zu lassen, um dann durch große Ausbesserungen die Löhne der Verbände zu senken. Die Arbeiterschaft wird diesen Schlag parieren. Hier in Freiburg gilt es, den letzten Mann zu gewinnen. Es genügt nicht, daß der eigene Beruf gut organisiert ist; alle Berufe müssen es sein. Jeder einzelne hat ein Interesse daran, daß die Elemente, die in den letzten Jahren bei den verschiedenen Streiks die Streikbrecher machten, in die richtigen Bahnen geleitet werden.

In der Nacht vom 1. auf den 2. Juli wurde in der Ringstraße bei Juwelier Jörgen ein Einbruchdiebstahl verübt. Es wurden Uhren und Schmuckgegenstände im Werte von 7200 Mk. gestohlen.

Eine Organisation der Grundbesitz- und Hypothekensammler hat sich hier gegründet.

Durlach, 3. Juli. Den ledigen 89 Jahre alte Fabrikarbeiter Friedrich Wadershausen von hier, der letzten Freitag von seinen Angehörigen vernachlässigt wurde, fanden heute Nachmittag Peken suchende Kinder im Bergwald. Was den stillen ruhigen Menschen zu der Zeit gebraten hat, bedarf noch der Aufklärung.

Durlach, 2. Juli. In der Nacht von Samstag auf Sonntag ist hier ein böser Unfallschicksal verübt worden. Mehr wie 15 Enten fielen, als sie in's Wasser kamen, um und waren halb tot. Es stellte sich heraus, daß sie vergiftet waren.

Schopfheim, 3. Juli. Gestern Morgen 6 Uhr wurde von Weidenbüchern am Berg Entschaff in bewußtlosen Zustand ein junger Mann gefunden, der sich durch einen Revolverbeschuss in den Kopf schwer verletzt hatte und auf dem Transport nach dem Krankenhaus verschied. Nach den bisherigen Erhebungen scheint der Selbstmörder ein anfangs der vier Jahre stehender Kaufmann oder Bestmann August Probst von Weiden zu sein; er hatte damals in einem hiesigen Gasthof noch in fröhlicher Gesellschaft gesessen.

Radolfzell, 2. Juli. Am 20. Juni war hier eine öffentliche Versammlung, die von liberaler Seite einberufen war. Der Redner, Herr Summe, aus Karlsruhe, sprach über das Thema: Liberalismus, Demokratie und Reaktion. Einigang des Vortrages leitete die politische Lage der europäischen Staaten, kam dann auf die politische Lage Deutschlands und besonders der Nationalliberalen im Reichs- und Bundesrat, ihre Stellung bei der Abstimmung über den Zolltarif und besonders auch die Abstimmung über den Verfassungsentwurf in Baden. Der Liberalismus müsse mehr Achtung haben mit der Sozialdemokratie. Es müßte für die Arbeiterschaft mehr getan werden, da wir auf dem Weltmarkt mit anderen zu konkurrieren haben, die weit höhere Löhne bezahlen und deshalb Qualitätsware liefern. Referent schloß die Rede mit der Versicherung der Sozialdemokraten, daß die Zeit der gescheiterten Verweigerung des Verfalls des Mittelstandes das Leben erschwert würde. In der Diskussion sprach ein Redakteur von Konstantin im Sinne des Referenten. Von Seiten der Sozialdemokraten, die zahlreich erschienen waren, sprach Gen. Weiber, indem er besonders darauf hinwies, daß durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise auch wieder Kämpfe notwendig geworden sind, die Lebenshaltung des Arbeiters zu heben.

Konstanz, 3. Juli. Heute Morgen halb 11 Uhr fand ein Feuerüberfall statt behufs Beschlußfassung über ein Feuervertrag mit dem Überbürgermeister und Bürgermeister. Das Gehalt des ersten wird um 3000 Mark, das des zweiten um 1500 Mk. erhöht. Anschließend fand die Wahl des Überbürgermeisters statt. Diefelbe wurde einstimmig abgelehnt. Seit 18 Jahren ist Herr Oberbürgermeister in Konstanz tätig. Die Wahlverträge wurden einstimmig angenommen.

Schellberg, 3. Juli. Die hiesige organisierte Arbeiterschaft wird eine Protestversammlung gegen den Wiederaufbau des Weidberger Schloßes veranstalten. Landtagsabgeordneter Dr. Franke hat das Wort übernommen. — Der 32 Jahre alte Arbeiter Adolf Bauer von Sandhausen wurde von einem Wagen erfasst. Es wurde ihm der linke Arm abgefahren. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Verfammlungsberichte.

Partei.

Jöhlingen, 2. Juli. Am Freitag, den 29. Juni, fand hier im Rosenaal eine öffentliche Versammlung statt. Die Redner vor Rand- und Reichstagsabgeordneter Emil Lehmann anwesend. In zweistündiger Rede führte Genosse Eichhorn der Versammlung die Reichspolitik vor Augen. Hauptächlich kritisierte er die Sozialisten- und Reichstagspolitik, sowie die Weid- und Zigarettensteuer. Redner erzielte großen Beifall von der etwa 170 Personen starken Versammlung. Nachdem der Bundgenosse Lehmann vor, Herr Eichhorn möge in etwa sechs Wochen wieder hier sprechen, wurde die Versammlung geschlossen. Das Bedauerlichste ist hier in Jöhlingen noch, daß es nicht einmal die organisierten Arbeiter für notwendig halten, einem so lehrreichen Vortrage beizuwohnen, da über die Versammlung abends 9 Uhr stattgefunden hat, keine jeder ohne Ausnahme Zeit dazu. Von 80 organisierten Bauern waren höchstens 10 in der Versammlung. Aber auch die Fabrikarbeiter sollten in Zukunft die Versammlung besser besuchen. Wenn die Fabrikarbeiter alle gekommen wären, wäre der Redner fast viel zu sein gewesen, da es hier etwa 300 Arbeiter gibt, die anwesend arbeiten.

Aus dem Reiche.

Hamburg, 4. Juli.

Ein großes Feuer brach gestern Nachmittag in der Michaelskirche aus. Es liegen darüber folgende Nachrichten vor:

Bei dem Brande der großen Michaelskirche kamen der auf dem Turm dienende Feuerleitermeister, sowie zwei bei der Reparatur der Turmstufe beschäftigte Mechaniker und ein Arbeiter ums Leben. Der Brand ist höchst wahrscheinlich bei diesen Reparaturarbeiten entstanden. Der Turm der brennenden Michaelskirche ist um 10 Uhr nachmittags eingestürzt. Es gilt infolgedessen für ausgeschlossen, daß die Kirche gerettet werden kann, trotzdem sämtliche Feuerwehrlöcher zur Bewältigung des Brandes, der um 2 1/2 Uhr ausbrach, in Tätigkeit sind. Bei dem Einsturz des Turmes sprang das Feuer auf die benachbarten Gebäude über. Der Einsturz des Kirchturmes der Michaelskirche erfolgte nach der Englischen Planke hin. Die an die Kirche angrenzende Häuserreihe an der Englischen Planke ist von den Flammen ergriffen. Die vorerwähnten Häuser sind bereits ausgebrannt. Der Dachstuhl der Kirche ist vernichtet. Der Brand hat auf die innere Kirche übergegriffen. Das Kircheninnere und die Kirchenscheitler konnten gerettet werden.

Sämtliche Feuerwehren sind angestrengt tätig, doch ihre Bemühungen, die umliegenden noch unversehrten Gebäude zu retten, haben nur teilweisen Erfolg, da infolge des ungünstigen Windes die Flammen sich weiter ausbreiten. Um 4 Uhr nachmittags stürzte der Dachstuhl mit donnerähnlichem Getöse ins Innere der Kirche.

Nach angestrengtester Tätigkeit gelang es der Feuerwehre gegen 5 Uhr, den Brand in ihre Gewalt zu bekommen.

Die Michaelskirche ist bis auf die Umfassungsmauern vollständig ausgebrannt. An der Lösung des Feuers arbeiten noch 10 Dampfströme, die mit 40 Kuben Wasser geben. Etwa 20 Gebäude, meist Fachwerkbauten, in der Umgebung der Kirche sind niedergebrannt. Ein großes Warenhaus an der Englischen Planke ist völlig ausgebrannt. Eine Kompanie des Regiments „Samburg“ ist auf der Brandstätte zur Unterstützung der Feuerwehre angewandt. Der Brand dauert noch an, ist aber auf seinen Fortschritt beschränkt. Alle Zugangsstraßen zur Brandstätte sind von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge belagert. (Abends 7 Uhr 3. Juli.)

Um 8 Uhr abends konnten verschiedene Bände der Feuerwehre wieder abdrücken, da der Brandplag gänzlich eingedämmt ist. Die Tätigkeit der zurückgebliebenen Löschzüge beschränkt sich darauf, herabfallendes glimmendes Gefäß nachzulöschen. In der Umgebung der Michaelskirche sind 12 Gebäude eingestürzt und bei einigen 20 Gebäuden Dachstuhl und oberes Geschoss niedergebrannt. Eine Anzahl Feuerwehrlöcher wurde leicht verlegt.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 4. Juli.

Der Verein jugendlicher Arbeiter hält heute Abend im Nebenzimmer der Restauration Uerhan seine Mitgliederversammlung ab. Es wird ein Vortrag gehalten. Wir machen an dieser Stelle auf die Versammlung aufmerksam und geben der Erwartung Ausdruck, daß sie gut besucht wird. Die älteren Genossen werden gebeten, die jüngeren Arbeiter auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Die Konsumvereinsmitglieder.

Die Konsumvereinsmitglieder, sowie überhaupt die Karlsruher Arbeiterschaft, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß durch den Verkauf der Warenvorräte größere Verluste erspart werden können. Desgleichen kann durch einen vermehrten Absatz von Waren (Brot, Mehl etc.), ein Gewinn erzielt werden, der bei der Abrechnung im Konsum unter Umständen fast ins Gewicht fällt. Diese Aktion zur Hilfeleistung kostet den einzelnen nichts, sie kommt aber den Mitgliedern des Konsumvereins sehr zu statten. Wir möchten aber auch darauf hinweisen, daß je größer der Konsum an Waren ist, um so mehr Aussicht besteht, die Bäder, deren vorzügliche Produkte allgemeine Anerkennung gefunden haben, in irgend einer Weise fortführen zu können, wodurch der Wert des Anwesens, Kuffenstraße 24, sehr wesentlich gewinnt. Es dürfte dieser Hinweis wohl genügen, um die Karlsruher Arbeiterschaft in zahlreicher Weise für diese kostlose Hilfsaktion zu gewinnen. Die Karlsruher Arbeiterschaft hat schon oft alldiege Proben von Solidarität gegeben, sie wird hier, wo es sich um die vitalsten Interessen ihrer Arbeitsbrüder handelt, diese gewiß in tatkräftiger Weise unterstützen.

Tarifvertragsbruch im hiesigen Schneidergewerbe.

Daß man auf mündliche Abmachungen mit Arbeitgebern nicht geben kann, ist der organisierten Arbeiterschaft zur Genüge bekannt, weshalb man fast überall dazu übergegangen ist, durch gegenseitige Verträge das Arbeitsverhältnis zu regeln. Ein derartiger Vertrag wurde in diesem Frühjahr auch zwischen dem Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, Dr. Gruppe Karlsruhe und dem Verband der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Karlsruhe, vereinbart und geverbündelt festgelegt. In diesem Tarifvertrag ist folgender Passus vorhanden:

Es wird eine Kommission die Tarif-Kontrollkommission, bestehend aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern, sowie deren Stellvertretern (aus den beiderseitigen Vereinigungen) gewählt, deren Aufgabe es ist, die Einhaltung des Tariffs zu überwachen und beide Parteien beruhigende Interessen zu wahren.

Der Vorsitzende der Kommission ist Herr ein Arbeitgeber.

Die Kommission wählt ein unparteiisches Mitglied, das in freitägigen Fällen hinzugezogen werden muß und dann den Vorfall übernimmt. Alle Beschwerden über Nichterhaltung des Tariffs usw. sind an den Vorsitzenden innerhalb 8 Tagen schriftlich einzureichen und hat derselbe binnen drei Tagen eine Sitzung zu ihrer Erledigung einzuberufen. Beschwerden untergeordneter Natur können von den Vorsitzenden ohne Hinzuziehung weiterer Mitglieder selbstständig erledigt werden. Die Beschwerden sind sachlich und wahrheitsgemäß zu halten. Nachregelungen dürfen nicht vorkommen und Abnehmen hierfür beide Verbände volle Garantie.

Der 1. Vorsitzende hat, auch wenn keine Beschwerden vorliegen, eine Sitzung einzuberufen, sofern dieses von drei Kommissionsmitgliedern beantragt wird, im übrigen gibt sich die Kommission ihre Geschäftsordnung selbst.

Nun scheinen aber die Herren Schneidermeister nach der Unterzeichnung dieses Vertrages ein Paar in der Suppe gefunden zu haben, und verüben die Sache auf irgend eine Weise aus der Welt zu schaffen. Während die Arbeiter ihre in die Kommission zu erscheinenden Mitglieder schon Ende März gewählt hatten, fanden die Herren Arbeitgeber überhaupt keine Zeit, eine Versammlung abzuhalten, um die Angelegenheit zu regeln, wie der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes auf eine mündliche Anfrage Ende April zur Entschuldigung angab.

Am 6. Mai überlandete der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes dem 1. Vorsitzenden der Arbeitgebers-Organisation, Herrn H. Hunsinger, die Vereinbarung, welche mit den hiesigen Arbeitgebern abgeschlossen wurde, die keiner Arbeitgeber-Organisation angehöre, nebst den 35 Namen der Arbeitgeber, die die Vereinbarung unterzeichneten und sich der Tarif-Kontrollkommission unterstellten, als Material für die Kommission mit der Bitte, die Wahl der Kommissionsmitglieder vorzunehmen zu lassen, da bereits Beschwerden vorliegen, die schon mündlich angebeutet wurden.

Aber schluß, wie die Herren einmal zu sein glauben, wurde die Sache nun erst recht auf die lange Bank geschoben, bis die hause Zeit eingetreten ist, wo man die Arbeiter schon gefügiger zu finden gedenkt. Am 2. Juli richteten sie folgendes Schreiben an den Gehilfenverband:

Wir beschäftigen Ihnen den Empfang Ihres geehrten

Schreibens vom 6. Mai und benachrichtigen Sie hiermit, daß unsere letzte außerordentliche Generalversammlung beschlossene hat, seine ständige Tarif-Lohnkommission zu wählen, sondern diese Mitglieder bei Bedarf aus dem Vorstand zu ernennen und sich alle Vorläufe an den ersten Vorsitzenden zu richten.

Gleichzeitig fanden wir Ihnen die uns übermittelte Vereinbarung, die Sie mit den fernstehenden Geschäften getroffen haben, zurück, da dieselben uns nicht angingen.

Es kann als sicher angenommen werden, daß die Arbeitgeber die Kommission nur ablehnen, weil sie genau wissen, daß bei Besetzung der Kommission das Durchbrechen der Lohnstufen nicht mehr so leicht geht, wie in früheren Jahren.

Der Bürgerverein der Alt- und Oststadt

hat sich in seiner letzten Versammlung nochmals mit der Bahnhofsfrage beschäftigt. Es wurde u. a. darauf abgehoben, daß bezüglich des Kostenpunktes der neuen Bahnhofsanlage so große Widersprüche im Laufe der letzten Jahre zutage getreten sind, daß es für Abgeordnete dem Lande gegenüber nicht zu umgehen sei, bevor sie eine endgültige Entscheidung über die Bahnhofsfrage treffen, die Frage einer nochmaligen gründlichen Prüfung durch unabhängige unparteiische Sachverständige, namentlich nach ihrer finanziellen Seite hin, zu unterziehen.

Da außerdem aber bereits eine teilweise Einführung des elektrischen Betriebes bei der Bahn vorgezogen sei, wodurch voraussichtlich der ganze Bahnbetrieb in seiner Einrichtung bedeutende Veränderungen erfahren würde, empfehle es sich, sowohl für die Regierung als für die Volksvertretung, in der so viel unfruchtlichen Karlsruher Bahnhofsfrage die äußerste Vorsicht walten zu lassen und davor eine abwartende Stellung einzunehmen, bis sich die bezüglichen Verhältnisse besser geläutert hätten.

Der Vorstand wird in seiner Mehrheit sich nicht auf diesen abwartenden Standpunkt stellen. Eine weitere Verzögerung der Angelegenheit läßt sich schlechterdings nicht mehr verantworten und zwar sowohl in Hinsicht auf die betriebstechnische Seite, als auch mit Rücksicht auf das geschäftliche und wirtschaftliche Leben unserer Stadt. Die große Mehrheit der Karlsruher Bevölkerung ist herzlich froh, wenn endlich einmal mit den Arbeiten begonnen wird.

Am 4. Juli. Am letzten Sonntag wurde der 81 Jahre alte Bahnhofsarbeiter Bunsch zur letzten Ruhe gebracht. Der Verstorbene war ein braver Arbeiter und verließ uns vor einigen Tagen noch seinen Dienst. Die Arbeiter im Personenbahnhof kauften zur Ehrung des Verstorbenen einen schönen Kranz, welcher am Grab niedergelegt werden sollte. Auch die Herren Stationsmeister nahmen an der Beerdigung teil.

Wegen Mangel an Personal konnte indes nur eine kleine Deputation sich an der Beerdigung beteiligen. Extra feil beim Herr Epher, der aber den Kranz, weil er von den Kollegen, nicht vom „Ehrlichen Eisenbahnerverband“ hat, nicht mitnahm, sondern ihn am Bahnhof hängen ließ, weil der Verstorbene vor zwei Jahren diesem Verband, in welchem Epher Kassier ist, den Rücken gelehrt hat.

Eine Hauptübung der Feuerwehre. Die Hauptübung findet am Donnerstag den 5. d. M., abends halb 7 Uhr, am großen Hoftheater statt. An derselben wird auch die freiwillige Sanitätskolonne sich beteiligen. An die Übung schließt sich im Solofestsaal ein Ballet ein.

Die Zahl der im Monat Mai dieses Jahres im südlichen Rheinhafen angekommenen und abgegangenen Schiffe betrug 125 gegen 201 im gleichen Monat des Vorjahres. Der Rückgang der Kreuzfahrter ist auf die damaligen unglücklichen Verhältnisse des Rheinwasserstandes in den ersten Monaten des Jahres zurückzuführen. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai ds. J. betrug der Güterverkehr im Rheinhafen 261 258 Tonnen gegen 245 655 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres, somit in den ersten 5 Monaten 1906 mehr 2098 Tonnen.

Vernichtung südlichen Geländes. Von dem Gelände beim südlichen Rheinhafen werden zur Errichtung industrieller Anlagen mittelweise abgegeben: 3000 Qm. an die Maschinenzeile Fritz u. Cie. auf dem Rappenswörth, 1800 Qm. an Privatmann Wilhelm Ertleben, 2500 Qm. an die Firma A. J. Gilling, 1000 Qm. an die Firma August u. Emil Rietten, 4000 Qm. und vom 1. September 1911 an weitere 2000 Qm. an die Firma Schärer und Cie. Werkzeugmaschinenfabrik in Stuttgart.

Das Oberverwaltungsamt in Aushebungsbezirk Karlsruhe findet in der Zeit von Dienstag den 10. Juli bis einschließlich Mittwoch den 18. Juli, jeweils vormittags 8 Uhr beginnend, im Saale der Wirtschaft zum Erlinen Berg, Kuffenstraße 33, statt.

Der Diebstahl, der am 29. Juni polizeilich gemeldet wurde, wird besichtigt. Das betreffende, dem Krankenhaus eingelieferte Kind konnte am nächsten Tage wieder zu den Eltern gelangen. Nach Anhalt des Vaters hätte sich das Kind auch zu Hause erholen können. Die den Eltern dadurch erwachsenen Kosten von 1 Mk. hätten nach Meinung des Vaters vermieden werden können.

Städtische Statistik. Die Einwohnerzahl betrug Ende März 112 202. — Die elektrische Straßenbahn beförderte im März d. J. 1 041 602 Personen (i. J. 863 576) und verzeichnete 82 873 Mk. (74 265 Mk.). — Das Bruttoerträgnis der diesjährigen Frühjahrsmesse beläuft sich auf 17 847 Mk. 76 Pf.

Gerichtszeitung.

Sitzung der 3. Strafkammer vom 30. Juni.

In geheimer Sitzung wurde die Anklage gegen den in Baden wohnhaften Maler Karl Weh aus Eppingen wegen Stillschließensberechtigt verhandelt. Der Angeklagte hatte sich am 20. Mai in Baden gegen den § 175 R. St. G. B. verstoßt. Das gegen ihn erstellte Urteil lautete auf 6 Wochen Gefängnis, abzüglich 3 Wochen Untersuchungshaft.

Gleichfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand die Verhandlung der Anklage gegen den Strehrenlehrer Adolf E. H. I. aus Rietzen statt. Es handelte sich in diesem Falle um ein im Mai in Baden verübtes Stillschließensverbrechen gegen § 176 R. St. G. B. Der Angeklagte wurde unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft mit 3 Monaten Gefängnis bestraft.

Ein gefährlicher Rinderbrand ist der in Rastatt wohnhafte Buchhalter August Niffel aus Bruchsal. Er hat kurz vor Weihnachten v. J. und in den Monaten Januar und Februar zu Rastatt an etwa 10 verschiedenen Tagen kleinere Mädchen an sich gelockt und sie an den Kindern in unzüchtlicher Weise vergangen. Wegen Verbrechen gegen § 176 R. St. G. B. erhielt Niffel 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Auch während der Verhandlung dieses Falles war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Angeklagt wegen Urkundenfälschung war der Rastatter Engel Stort aus Walsdorf. Der Angeklagte hat am 16. April in Durlach eine Quittung über 30 Mk. und zugleich eine Auslandsbescheinigung in einer Zwangsbohrung gegen seinen Vater gefälscht, indem er beide Urkunden mit dem Namen des Arztes Summwarth in Jöhlingen unterschrieb und diese dem Gerichtsvollzieher in Durlach

überhandte. Der genannte Arzt hatte den Vater des Stort wegen einer Forderung verlag. Da Stort nicht bezahlte, stand die Zwangsbohrung bevor und, um deren einstweilige Einstellung zu bewirken, fälschte der Angeklagte die beiden Schriftstücke. Das Gericht verurteilte ihn unter Einrechnung einer vom Schöffengericht wegen Betrugs gegen Stort erlassenen Strafe zu einer Gesamtstrafe von 2 Monaten und 3 Tagen Gefängnis.

Am 6. Mai, etwa nachts 10 Uhr, entzündete sich in dem Mühlengarten des Johannes Raab ein Brand, der Scheuer und Stallgebäude bis auf die Umfassungsmauern zerstörte. Der Ausbruch des Feuers, das die abgebrannten Gebäude an verschiedenen Stellen zu gleicher Zeit ergriffen hatte, ließ alsbald erkennen, daß eine Brandstiftung vorlag. Der Täter wurde auch bald in der Person des 17 Jahre alten Zigarrenarbeiters Hermann Doll aus Untergrumbach ermittelt. Er hatte die Brandstiftung durch Nachschütten verübt, weil er einige Zeit zuvor von der Frau des Raab, die ihn mit brennender Zigarre im Stallgebäude der Mühle angetroffen hatte, aus dem Anwesen fortgewiesen wurde. Doll schloß sich am 6. Mai gegen 10 Uhr in den Stall des Raab, zündete zuerst das über dem Stall lagernde Heumaterial an und begab sich dann in die Scheuer, wo er die Strohvorräte in Brand setzte. Der Gerichtshof bestrafte den Angeklagten unter Abzug von 1 Monat Untersuchungshaft mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Die Anklage gegen den Lotteriekollektor Hermann Hoff in Bremen wegen Übertretung des § 79 R. St. G. B. und die Anklage gegen den Steinbruchbesitzer Franz Barth aus Göttingen wegen Verstrickungsbruchs wurden verlag.

Zwei Verurteilungen verwarf die Strafkammer und befähigte damit folgende Urteile des Schöffengerichts Bruchsal: Randwirt Karl Klüg aus Untergrumbach wegen Körperverletzung 4 Wochen Gefängnis; Wegner Johann Wegner aus Untergrumbach wegen Verleitung 80 Mk. Geldstrafe.

Ausland.

Allgemeines.

Frankreich. Die reaktionären Mächte schlugen großen Ärger über das Defizit des Budgets für 1907, das 377 Millionen beträgt. Sie schrieben das vor allem der sozialen Gesetzgebung in die Schuhe, und zwar speziell dem Gesetz zur Unterstützung hilfloser Greise und dem Gesetz über die zweijährige Dienstzeit. Die Rechtskosten, die diese beiden Gesetze verursachen, betragen etwa 70 Millionen, fallen also bei einem Budget von vier Milliarden nicht sonderlich ins Gewicht.

Es befindet sich im Budget jedoch ein anderer Kosten, der bedeutend höher ist, von dem die reaktionären Mächte allerdings kein Wort reden, der aber um so mehr unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Unter den Ausgaben figuriert nämlich die stattliche Summe von 193 240 000 Frs., verursacht, wie es im Bericht heißt, durch die „vorläufigen Ausgaben, die im kritischen Augenblick der marokkanischen Affäre angewandt werden mußten“.

Sie haben wir es schwarz auf weiß, wie nach uns Diplomatenhochmut und kapitalistischer Geißelungen an den Abgang eines Krieges gebracht hatten. Der deutsche Vorkämpfer in Paris hatte damals schon seine Abberufungsorder erhalten, und die 193 Millionen Frs. stellen die ersten Kosten der französischen Mobilisierung dar.

Der Generalstaatsanwalt beifolgt gestern sein Plaidoyer für die Revision des Dreyfus-Prozesses. Der Kassationshof müsse in der Sache selbst entscheiden, indem er die Kassation ohne Rückverweisung ausspricht. Die Sitzung wurde darauf vertagt, trotz des Widerpruchs des Generalstaatsanwalts, der vorschlägt, die Verhandlungen heute noch abzuschließen.

U. S. A. Die Reichsduma hat einen Gesetzentwurf betr. das Verfassungsrecht an eine besondere Kommission von 11 Mitgliedern verwiesen. Ferner wurden mehrere Anträge u. Interpellationen über die Todesstrafe und ein in Vatium befürchtetes Programm angenommen. Ueber die Verhältnisse in Belgien wurde am nächsten Donnerstag zu verhandeln beschlossen.

Letzte Post.

6500

Textilarbeiter streifen in Forst i. S.

Aus der Post

entlassen wurde die Genossin Luxemburg.

Der Generalausstand

haben die Schweißelbrennarbeiter in Caltanissetta (Sizilien) gefordert. Es kam zu blutigem Zusammenstoß mit der Polizei.

Eine Cholera-Epidemie

ist auf Manila (Philippinen) ausgebrochen. Von 47 in Manila selbst Erkrankten sind 41 bereits gestorben.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe (Sozialdem. Jugendorganisation). Heute Mittwoch Abend im Auerhahn Versammlung mit Vortrag.

Durlach. (Arbeiterbund Vorwärts.) Heute Mittwoch Abend halb 9 Uhr im Lamm. Ausdehnung. Hierzu ist der Sängerkreis, Refektorium und sämtliche Festführer eingeladen. Es ist dringend nötig, daß alles erscheint. 2028 Der Vorstand.

Gröningen (Soz. Verein). Donnerstag den 5. Juli, abends halb 9 Uhr. Mitgliederversammlung im Löwen. Beiträge werden entgegengenommen. Zahlreichen Besuch sieht entgegen. 2029 Der Vorstand.

Freiburg-Badach. Die Volkshilfsleiter und Parteimitglieder von Badach laden wie zu einer Versammlung auf Donnerstag Abend in das Gasthaus zum Löwen ein. Vortrag von Genosse Engler.

Briefkasten der Redaktion.

Mehrere Kollegen des Reichsverbandes. Die Zeugen der Vorfälle müssen ihre Namen nennen und die Wahrheit des Mitgeteilten verbürgen. Nur dann erfolgt dessen Veröffentlichung.

G. W. Wenn weder der Wit, noch Sie gelübtig haben, kann die Ausschreibung der Wohnung für Sie lästig werden und daraus verschiedene verhängnisvolle Verlegungen entstehen. Wenn aber schließlich noch rechtskräftig die Wohnung erfolgt ist, dürfen nicht kaum Rechtsanwaltskosten für Sie aus der vorzeitigen Anbahnung entstehen.

W. M. in S. Zerartige Stellen werden gewöhnlich im Inseratenteil des Vorwärts bekannt gemacht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: F. W. E. H. H. u. H. für die Inserate Karl Fiegler. Buchdrucker und Verlag des Volksfreund, Ged u. Cie. Sämtliche in Karlsruhe.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zastelle Karlsruhe.

Bureau: Markgrafenstr. 26 I. Telefon 3008. Geöffnet von donnerstags 9 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr. Dienstags und Freitag bis abends 9 Uhr. Samstags bis 5 Uhr abends. An Feiertagen geschlossen.

Am Sonntag den 8. Juli, nachmittags, findet in Wörth a. Rh. im prächtigen Saal, Schloss Oberholzer, ein

grosses Volksfest

fest verbunden mit Instrumental- u. Sinfoniekonzert, Festzug, Preis-schießen und allerlei Vergnügungen für Alt und Jung.
Für die Festteilnehmer Abfahrt in Karlsruhe um 2.12 Uhr, Auf-stellung des Festzuges am Wörther Bahnhof um 3 Uhr.
Festverweildauer nach Wörth 70 Pfg. hin und retour.
Hierzu sind alle Freunde und Kollegen freundlich eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Durlach. Donnerstag den 5. Juli, abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm“

große öffentliche Volks-Versammlung.

Tagesordnung:
„Die Befreiung des deutschen Volkes durch die neuen Reichsgesetze.“
Referent: Reichs- und Landtagsabg. Dr. Carl-Otto von Scharlowitz.
Freie Diskussion!
Arbeiter! Parteigenossen! Auf zum Protest gegen die neuen Reichs-gesetze!

Der Einberufer.
Pforzheim.
Arbeiter-Gesangverein Freiheit.

Sonntag den 8. Juli, nachmittags halb 4 Uhr im „Brau-hausstube“

Großes Gartenkonzert

verbunden mit Preis-schießen, Ringparaden und sonstigen Vergnügungen wegen unserer Mitglieder, Freunde und Gönner freundlichst einladet.
Der Vorstand.
Programme à 20 Pfg. sind zu haben im „Hof“, „Deutsches Haus“, „Kamengasse“, „Weißes Lamm“, „Gras Eberhart“ und bei den Säugern des Vereins.
Abends anschließend **Tanz-Unterhaltung.**
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in der Halle statt.

Achern, Baden.
Restauration zur „Insel Helgoland“.
Großer schöner Garten, schönes Nebenzimmer. Ausschank von Matheiser- und Münchener. Volkstreu und auf.
Daher wird Ausflügler-Verkehr bestens empfohlen.
Hochachtungsvoll
Joseph Adam.

Görzer Kartoffeln

1 Waggon, 200 Zentner feinste, gelbe Frucht, ist ein-getrocknet und offeriert per Zentner zu Mk. 5.20, 3 Pfund 18 Pfg., 1 Pfund 7 Pfg.

Emil Bucherer

Telephon 392
in den bekannten Verkaufsstellen.

En gros! Schneider-Artikel! En detail!

Zur jetzigen Saison empfehle mein gut assortiertes Lager in sämt-lichen Futterartikeln, Journalen, farbige Sergs, Wägelkassen etc.

Peter Mees, Karlsruhe,

Serenstraße 42.

Wir suchen für sofort
5 bis 6 tüchtige Installateure
auf Schmelzrohrleitung und Kupferrohrleitung. Bei Bewährung kann später Anstellung als ständiger Arbeiter in Aussicht gestellt werden.
Meldungen mit Angabe der Lohnansprüche sind baldigst bei uns einzuweisen.
Karlsruhe den 30. Juni 1906.
E. Mees, Gaswerk.

Gelegenheitskauf!

Ein großer Posten
Herren-Anzüge
zum Durchschnittspreis von
Mk. 25.
Die Anzüge sind in meinem Schaufenster ausgestellt.
N. Breitbarth
Mitglied des Rabattparavertins.

Mittwoch den 4. d. Mts. beginnt mein diesjähriger
grosser

Räumungs-Verkauf

in
Herren- und Knaben-Konfektion
sowie in
englischen und deutschen Stoffen
für Anfertigung nach Mass.

Die Preise sämtlicher Lagerbestände sind je nach Artikel
von **10 bis 40 Prozent**
herabgesetzt.

Verkauf nur gegen bar.

Adolf Stein

Kaiserstrasse 74

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß heute Abend 6 Uhr meine liebe Frau, Mutter, Tante und Schwägerin
Emma Irion, geb. Asser
nach langer Krankheit sanft entschlafen ist.
Karlsruhe den 3. Juli 1906. 2625

Der trauernde Gatte:
Karl Irion, Bierbrauer.
Die Beerdigung findet Donnerstag Abend 5 Uhr statt.

Fahndung.

1. Karl Schum, Tagelöhner aus Himmelsberg.
2. Friedrich Wilhelm Joseph Scholter aus Wimmenden.
3. Ernst Hoy, Schieferdecker aus Konstanz.

alle wiederholt vorbestraft und 3. Jt. hier in Untersuchungshaft, verhaftet hier am 17. Juni 1906 drei schwere Bleigewichte im Werte von 40 Mark zu verkaufen, die sie von einem Unbekannten erworben haben woben.

Beschreibung der Bleigewichte:
1. 84 kg mit einem Durchmesser von 20 cm und 90 cm hoch,
2. 76 kg, 18 cm Durchmesser, 26 cm hoch,
3. 39 kg, 14 cm Durchmesser, 28 cm hoch.

Die Gewichte bestehen aus einer Eisenmischung, die mit Blei ausgegossen ist. Jedes ist oben mit einem starken Haken versehen und röhren offenbar von einer Kugel her.

Ich bitte um Mitteilung etwaiger Anhaltspunkte, welche zur Her-stellung der Herkunft des Gewichte führen können.
Karlsruhe den 2. Juli 1906.
Großh. Staatsanwalt:
Schworer.

Mieter- und Bauverein

Karlsruhe, e. G. m. b. H.

Wir haben zu vermieten:
Auf sofort oder später:
Krauschstraße 42, 1. St., eine ger. Wohnung von 4 Zimmern und reichl. Zubehör.
Auf 1. Oktober l. J.:
In unsern Neubauten, Mainstr. 1 und 1a eine Wohnung v. 2 Zimmern und Zubehör, 4 Wohnungen von 3 Zimmern u. Zubehör.
Krauschstr. 5, 1. St., eine Wohnung von 3 Zimmern u. Zubeh. Kriegstr. 171, 2. St., eine Wohn-ung von 2 Zimmern und Zubeh. Krauschstr. 26, 1. St., eine Wohn-ung von 2 Zimmern u. Zubeh. sowie einen Speisekabin.
Scherstr. 13, 1. St., eine Wohn-ung von 3 Zimmern und Zubehör, sowie einen Speisekabin.
Veränderungen wollen bis Dienstag den 3. Juli, abends 8 Uhr, im Bureau erfolgen, woselbst die Vergebung stattfindet.
2679
Karlsruhe den 29. Juni 1906.
Der Vorstand.

Große Wohltätigkeits-Geld-Lotterie

1. Lot. Losverlosung v. 1. bis 1. Juli
Beste Gewinnchancen
3388 Barygewinn
44,000
1. Haupt-Gew. M. 15,000
2. Haupt-Gew. M. 5,000
2 à 1000 M. 2,000
4 à 500 M. 2,000
3380 Gew. M. 20,000
Los 1 Mk. (11 Lose 10 Mk.)
(Porto u. Liste 50 Pfg.)
in Karlsruhe: Chr. Frank, E. Fluge,
in Karlsruhe: Chr. Frank, E. Fluge,
General-Agent
in Karlsruhe:
Carl Götz, Hebelstr. 13,
H. Moyle, Eug. Dahlmann,
L. Michel, J. Heppes. 2393.15

Möbeltapeziere gesucht.

1-2 tüchtige Polsterer und Dekorateur können sofort ein-treten bei
Gebrüder Himmelheber,
Möbelfabrik. 2624.2

Ofen- und Herdgeschäft

Ludwig Haas, Gasvermeister,
Augustastrasse 1a,
empfiehlt sich in sämtlichen in sein fach einschlägigen Arbeiten, wie Putzen und Schwärzen, Aus-mauern und Reparieren von Ofen und Herden.
Fenster & Ruh-Ofen u. andere Dauerbrandauf jeder Konstruktion werden unter sorgfältiger Bedienung gepulvt und repariert.
Neue Lieferungen werden auf das Beste ausgeführt.
Lager von reibendem Gips.
Möbliertes Zimmer
ist billig zu vermieten Kaiserstr. 51 (4 Treppen), vis-à-vis der Postgasse

Uhren-Reparaturen

unter Garantie
werden wie bereits beständig am-gewissenhaftesten ausgeführt bei
Oskar Kirsche,
vormals H. Weich
12 Kriegstraße 12.

Wohnung

von 2 Zimmern, Kammer, Küche und sonstigen Zubehör auf 1. Juli zu-vermieten. Näheres im Laden.

Großes Glück

hatte meine werthe Kundin in der Habener Hamilton-Lotterie, der 1. Haupttreffer Mk. 20,000 vor sich laut erhaltenen Postkarte auf Nr. 9796 und wird nach Befähigung sofort ausbezahlt. Empfehle für diese Woche Fehlung
Pfläzer u. Knechtler à 1 Wff.
11 Stück 10 Wff., für Ende des Monats: Wob. Kreuz und alle weiter-genehmigten Lose.
2599.2

Carl Götz

Hebelstr. 11/15, Karlsruhe.

Arbeitsnachweis Vortag.

Bureau: Rathaus 8, St. Zimmer 9.
Ausschreibung:
Angebote: Anführer, Hilfs-arbeiter, Maschinenführer, Eisen-blecher, Kaufmännischen Hauswärtin, Maschinenarbeiter.
Geschäft: Bauernbesitzer, Gärtner, Gärtnerlehrling, Gartenarbeiter, Vieh-fütterer, Bleicher, Fahrradrepaurator, Schmied, Schlichter, Schlosserlehrling, Maschinenarbeiter, Mechaniker, Meda-nierlehrling, Tapezier, Schreiner, Wäcker, Schuhmacher, Maler, Glaser-lehrling, Maler, Fuhrknecht, Metzger, Pferdebesitzer, Spinnhütten, Dienst-balden, Köchin, Kaufmännischen. 2620

Standesbuch-Meldung der Stadt

Karlsruhe

Geburten:
19. Juni: Otto, v. Florian Helfer, Fabrikarbeiter. 24. Juni: Johann Stephan, v. Johann Stephan Wolf, Bierführer. Irene Luise City Cise, v. Hans Eugen Hummel, Leutnant.

Todesfälle:
27. Juni: Anna Kästel, ohne Ge-werbe, ledig, alt 28 J. Karl Reif, Sägereibesitzer, ein Ehegatte, alt 60 Jahre. Katharina Geiser, Schwärzerin, ledig, alt 71 J. Hugo Hausmann, Privatier, ledig, alt 67 J. Robert, alt 6 J. Hans Eugen Hummel, Leutnant, alt 6 J. August Wagner, Hilfs-mann, alt 1 J. 13 J. 2. E. Theodor Wenz, Schreiner. 28. Juni: Heinrich, alt 10 Mon. v. August Hermann, Fabrikarbeiter. Christian, alt 1 J. 7 J. v. Karl Thomas Hausmann, Schneider. Bilda Künzler, alt 10 J. Tochter des Maschinenfabr. Künzler. Vertha Hetterer, alt 30 J. ge-schied. Ehefrau des Schneiders Georg Hetterer. Barbara Waldvogel, alt 70 J. Witwe des Antichers Ludwig Waldvogel. Georg Wunich, Bal-dararbeiter, ein Ehegatte, alt 80 J. Johann Griesinger, Tagelöhner, ein Ehegatte, alt 62 J. Christiana Wolf, alt 42 J. Ehefrau des Ge-leuchtungsbedienten Friedrich Wolf. Katharina Greiß, alt 60 J. Ehefrau des Privatiers August Greiß. 29. Juni: Marie Theobald, alt 49 J. Ehefrau des Landwirts Adam Theobald. E. Wertenmoier, alt 18 Jahre. Gebrüder des Polizeivollwärters Josef Wertenmoier. Bruno Gerhardt, Leinwand-er, ein Ehegatte, alt 66 Jahre. 30. Juni: Wilhelm, alt 4 Monate 10 Tage, v. Karl Hermann, Kaufmann. Anna, alt 1 Jahr 11 Monate 15 Tage, v. Max Hiedel, Glaser. Wilhelm Erich, Hausdiener, 1. Juli, v. Wilhelm Erich, Hausdiener, alt 66 Jahre. Ehefrau des Werkmeisters Friedrich Wilschmayer, Friedrich Pippes, Maurer, ein Ehegatte, alt 48 Jahre. Wilhel-ma, alt 5 Jahre, Witwe des Maurermeisters Peter Gummerich.

Tücht. Schreiner und Wagner

(Stellmacher)
finden sofort lohnende Beschäftigung
Wagnersfabrik, Akt. G., Bahnh.

Kleidermacherin

empfiehlt sich in Anfertigen von Damen- und Kinderkleider sowie in Abändern.
Näheres Werderplatz 33, 2. St.

Carl Hummel, Karlsruhe,

Werderplatz 41.

Basismesserhohlschleifer.
Großes Basismesserlager.
Komplette Basismesszeuge.
Besand noch auswärts. 167

schneidmeyer, Robert, Vater Jakob
Petri, Maschinenarbeiter. Jgnaz,
Vater Dr. Jakob Kramer, Stifft-
rathgeber. Gertrud Anna, v. Hein-
rich Baumann, Groß. Maschinen-
Inspektor. 26. Konrad Max Wil-
helm, v. Dr. Karl Peters, Chemiker.
Walter Leopold, v. Georg Wild,
Leutnant. Albert, v. Josef Rapp,
Schneider. Erna, v. Julius Gies-
hardt, Sattler und Tapezier. 27.
Wilhelm, v. Karl Schmidt,
Bastler. Fina Johanna, v. Johann
Wenzler, Wagenführer. 28. Anna
Katharina, v. Karl Wöhe, Bau-
meister. Frieda Sophie, v. Adam
Kühler, Bierführer. Vertha Johanna,
v. Florian Wulfsch, Zimmermann.
Vertha Franziska, v. Gustav Erh.
Schiffinger, Friedrich, v. Johann
Dummel, Telegraphenbedienter. 29.
Karl, v. Josef Sauer, Maurer.
Julie, v. Robert Brandt, Hauswirt.
Gertrud Sofie, v. Heinrich Hom-
burger, Weiger. Karl Heinrich Al-
bert, v. Albert Waur, Kaufmann.
Emilie, v. Konrad Duf, Fabrikarbeiter.
30. Martha Marie, v. Carl Heinrich
Wolf, Sattler. 1. Juli: Gertrud
Luise, v. Jakob Jahn, Magaziniere.
Erwin, v. Georg Seutemann, Maurer.
Ulrich, v. Friedrich Müller, Maler.

Geburten:
30. Juni: August Gimmel von
Gersbach, Fuhrknecht hier, mit Luise
Gorkheimer von Wildbad. Peter
Emanuel von Weidenort, Fabrik-
arbeiter hier, mit Sofie Erle, geb.
Greminger, von Weinselden. Jakob
Deutlinger von hier, Buchbinder hier,
mit Elise Schirmer Witwe von hier.
Karl Schmalz von hier, Schlosser,
hier, mit Sofie Jutterer von Pfälz-
berg.

Todesfälle:
23. Juni: Leopold Thoma von
Mühlberg, Schneider hier, mit Maria
Kaschleiter von Rem-Hof. Rosa
Hans von Hlm. Kaufmann hier, mit
Elis Henrich von hier. 30. Juli:
Kühler von Rimmenshausen, Kauf-
mann hier, mit Anna Degeubardt
von hier. Otto Köhler von Glem-
burg, Schlosser hier, mit Germaine
Schneider von Oberader. Simon
Guent von Mühlberg, Lithograph
hier, mit Sofia Hartmann von
Oberdillingen. Georg Adam von
Kohlsau, Fabrikarbeiter hier, mit
Katharina Mayer von Bergingen.
Karl Gees von Kitzau, Kaufmann
hier, mit Johne Friedrich von
Gomburg. Heinrich Wieland von
Weinhardt, Tagelöhner hier, mit Elise
Katharina Jägle von Gombelshelm.

Todesfälle:
27. Juni: Anna Kästel, ohne Ge-
werbe, ledig, alt 28 J. Karl Reif,
Sägereibesitzer, ein Ehegatte, alt 60
Jahre. Katharina Geiser, Schwärzerin,
ledig, alt 71 J. Hugo Hausmann,
Privatier, ledig, alt 67 J. Robert,
alt 6 J. Hans Eugen Hummel, Leutnant,
alt 6 J. August Wagner, Hilfs-
mann, alt 1 J. 13 J. 2. E. Theodor
Wenz, Schreiner. 28. Juni: Wil-
helm, alt 10 Mon. v. August Hermann,
Fabrikarbeiter. Christian, alt 1 J.
7 J. v. Karl Thomas Hausmann,
Schneider. Bilda Künzler, alt 10 J.
Tochter des Maschinenfabr. Künzler.
Vertha Hetterer, alt 30 J. ge-schied.
Ehefrau des Schneiders Georg
Hetterer. Barbara Waldvogel, alt
70 J. Witwe des Antichers Ludwig
Waldvogel. Georg Wunich, Bal-dar-
arbeiter, ein Ehegatte, alt 80 J.
Johann Griesinger, Tagelöhner, ein
Ehegatte, alt 62 J. Christiana Wolf,
alt 42 J. Ehefrau des Ge-leuchtungs-
bedienten Friedrich Wolf. Katharina
Greiß, alt 60 J. Ehefrau des
Privatiers August Greiß. 29. Juni:
Marie Theobald, alt 49 J. Ehefrau
des Landwirts Adam Theobald. E.
Wertenmoier, alt 18 Jahre. Gebrüder
des Polizeivollwärters Josef Werten-
moier. Bruno Gerhardt, Leinwand-
er, ein Ehegatte, alt 66 Jahre. 30.
Juni: Wilhelm, alt 4 Monate 10
Tage, v. Karl Hermann, Kaufmann.
Anna, alt 1 Jahr 11 Monate 15
Tage, v. Max Hiedel, Glaser. Wil-
helm Erich, Hausdiener, 1. Juli, v.
Wilhelm Erich, Hausdiener, alt 66
Jahre. Ehefrau des Werkmeisters
Friedrich Wilschmayer, Friedrich
Pippes, Maurer, ein Ehegatte, alt
48 Jahre. Wilhel-ma, alt 5 Jahre,
Witwe des Maurermeisters Peter
Gummerich.

Nr. Die Y
it mit d
Denklich
die Weg
bedeut.
schlichte
recht ich
unere t
renen t
neht un
Reultot
Entwick
Kollfom
Gienbol
dreden g
Gegentei
Der J
spricht d
mehr die
Eisenbah
sichtspu
würtemb
großen J
dieser pr
farten, 2
schneidm
ermäßig
best, 4. J
zum Beiz
uhr, 5. d
mit jollen
ten die g
nanz betr
erzieren
sah für
ten bet
1.
2.
3.
4.
Der jäh
wird von
führung
auf 3.470
der 3. Al
3. Al erte
Verrechn
Stadtpun
den aber
leht fort
geplante
weniger o
siden Ver
reiden Se
bleibt zwei
der Reiter
ring dem
führt über
achtung vo
4. Al erte
Gründen z
sonstigen
Berichts
ien fast
vermind
nen, sich d
Wir wollen
Ein 9
20)
Jeder W
Zei einer
der gewalt
war das
wurden d
Strom, un
Traugoti
holte er d
abam auf
die im Foz
Wämer an
über sich
schaffen über
Schwerer
von oben
wäre, die
Schweifel!
Was ma
lung was
heute ja
werden.“
Ein viel
Lore ange
Kuch die
per Stadw
nung ein
scheiden
Lubion hie
Was hie
was hie
von oben
der Post
sogar die
gleichmäßige